

Meldungen

www.klimaseite.info, 23.12.2021

Koalitionsvertrag bietet zu wenig für 1,5-Grad-Ziel

Zwei Fachleute, Claudia Kemfert (DIW Berlin) und Volker Quaschnig (HTW Berlin), können in ihren Analysen des Koalitionsvertrags der neuen Bundesregierung zwar beide deutliche Fortschritte gegenüber die Klimapolitik der letzten Jahre erkennen, kommen aber am Ende übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass das bisher Vereinbarte für den deutschen Beitrag zum 1,5 Grad-Klimaschutzziel nicht ausreichen wird.

Dieses Ziel soll zwar ausdrücklich verfolgt werden, aber hilfreicher wäre nach Kemfert die Festlegung eines CO₂-Budgets gewesen, denn ihrer Ansicht nach bedeuten maximal 1,5 Grad Erderwärmung für Deutschland, 95 Prozent Ökostrom bis 2030 und die Klimaneutralität nicht erst 2045, sondern bereits bis 2035 zu schaffen.

Beim Positiven weist Kemfert auf den „idealerweise“ für 2030 geplanten Kohleausstieg, den CO₂-Mindestpreis von 60 Euro und die vorgesehene Deckung des Strombedarf zu 80 % aus erneuerbaren Quellen hin. Speziell dafür ist der Abbau einiger Hürden nötig: Bei der Windkraft müssen alle Länder 2 % ihrer Fläche entsprechend ausweisen, die bestehenden Abstandsregeln aufheben und die Genehmigung beschleunigen. Erdgaskraftwerke zur Brückentechnologie zu adeln, bezeichnet Kemfert hingegen als „überflüssiges Geschenk an die Lobbyisten“.

Die „größte Enttäuschung“ stellt aus ihrer Sicht allerdings nicht der Energie-, sondern der Verkehrssektor dar, weil zentrale Stellschrauben für eine Verkehrswende nicht verstellt wurden: So blieben ambitioniertere CO₂-Grenzwerte für Fahrzeuge, Tempolimits und die Abschaffung umweltschädlicher Emissionen (Dienstwagen-Privileg, Diesel-Steuervorteil) aus. Tatsächlich ist nicht nachvollziehbar, dass sich der Staat allein mit dem Dienstwagen-Privileg, das neben den Unternehmen vor allem gutverdienenden Männern zugutekommt, mehr als 3 Mrd. Euro pro Jahr entgehen lässt (s. SZ online). Kemfert hätte gerne eine E-Auto-Quote bei den KFZ-Neuzulassungen von KFZ gesehen, da sonst die 15 Mio. Elektroautos im Fahrzeugbestand bis 2030 schwierig zu erreichen seien. Und statt des Klimachecks neuer Gesetze in Verantwortung der federführenden Ministerien wäre aus ihrer Sicht ein Vetorecht des Klimaschutzministers die bessere Lösung gewesen.

Auch nach der Untersuchung von Volker Quaschnig muss Deutschland für das 1,5 Grad-Ziel bis spätestens 2035 klimaneutral sein. Ohne mehr „grünen“ Wasserstoff aus EE-Strom sei die fällige Energiewende gar nicht zu schaffen, da man diesen Wasserstoff als Energieträger für schwer elektrifizierbare Bereiche brauche. Die Stromerzeugung aus EE sei deshalb schnell in folgender Weise hochzufahren:

- Verzehnfachung der derzeit installierten Photovoltaik-Leistung von 59 Gigawatt (GW) auf 590 GW
- Erhöhung der installierten Windkraft-Leistung auf 200 GW an Land und 70 GW auf See

Die im Koalitionsvertrag vorgesehene Ausbaugeschwindigkeit für Solar- und Windstrom bleibe somit weit hinter den tatsächlichen Erfordernissen zurück, auch im Hinblick auf den geplanten Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft. Alternativ müssten größere Mengen an grünem Wasserstoff importiert werden; von einem Anteil von 60 % im Jahre 2035 sei ohnehin auszugehen.

Zur notwendigen Dekarbonisierung des Verkehrs- und Gebäudesektors dürften ab 2025 keine Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor mehr zugelassen und keine neuen Gas- oder Ölkessel mehr eingebaut werden. Neben einem verstärkten Ausbau von Energie-Speichern setzen die Forscher*innen von der HTW Berlin Zielzahlen von 31 Mio. Elektroautos und 12 Mio. Wärmepumpen bis 2035 an. Der Fachkräftemangel in Deutschland könne diese bei Transformation allerdings sehr hemmen. Falls ihm durch eine Ausbildungsoffensive begegnet würde,

seien jedoch im Jahr 2035 voraussichtlich 250.000 Arbeitnehmer*innen allein mit dem Bau und der Wartung von Photovoltaikanlagen beschäftigt. (rk)

Quellen:

„DIW-Ökonomin Claudia Kemfert: Die Ampelkoalition wird das 1,5 Grad-Ziel verfehlen“, Medienbeitrag des DIW, 29.11.2021

„Das Dienstwagenprivileg gehört abgeschafft“, Max Högl, SZ online, 15.10.2021

„Solarstromausbau für den Klimaschutz“, Quaschnig/Orth/Weniger/Bergner/Siegel/Zoll, HTW Berlin, November 2021